Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 109 (2012)
Heft: 4

Artikel: "Nur Massnahmen im Vorschulalter wirken nachhaltig"
Autor: Sheldon, George / Tomczak-Plewka, Astrid
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839848

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Nur Massnahmen im Vorschulalter wirken nachhaltig»

Vom bedingungslosen Grundeinkommen hält er wenig, ein höheres Rentenalter für Akademiker befürwortet er: Arbeitsmarktökonom George Sheldon spricht im Interview über demografische Entwicklungen und deren Einfluss auf den Schweizer Arbeitsmarkt und über die Wirkung von bildungs- und sozialpolitischen Massnahmen.

Herr Sheldon, der Euro schwächelt, die Wirtschaft klagt: Steckt die Eidgenossenschaft in der Krise?

In der Schweiz wird jeder zweite Franken «im Ausland» verdient. Die Frankenstärke führt dazu, dass die Produkte teurer werden und die Gewinnmargen sinken. Insofern steht die Wirtschaft natürlich unter Druck. Die Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht über drei Prozent gestiegen, irgendwie kommt der Markt offenbar mit dieser Situation zurecht. So betrachtet steckt die Schweiz nicht in der Krise. Aber wenn Sie mit Unternehmern sprechen, sehen die das natürlich anders. Sie müssen einen enormen Effort leisten, um den Standard zu halten.

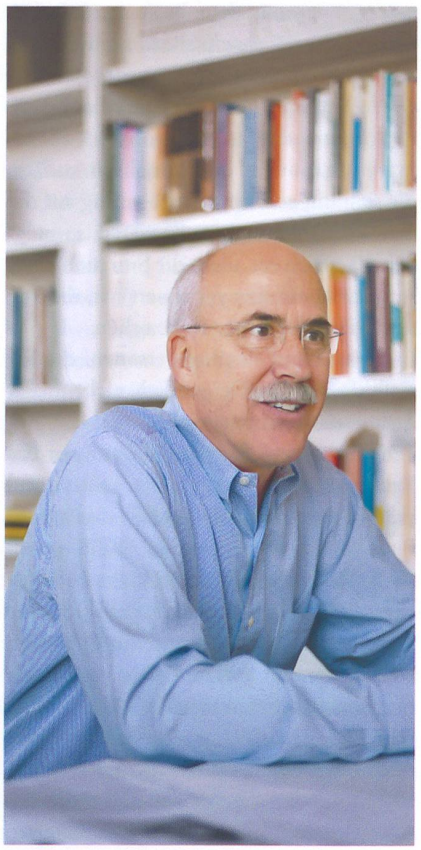
Trotz der tiefen Arbeitslosigkeit haben viele Menschen in diesem Land Existenzängste – insbesondere in Bezug auf die Zuwanderung: Mit 8 Millionen Einwohnern stosse die Schweiz an ihre Grenzen, zudem würden die Sozialversicherungssysteme überdurchschnittlich belastet. Teilen Sie diese Ansicht?

Wenn Leute Ängste haben, ist das legitim. Die Schweiz hat tatsächlich eine hohe Zuwanderung. Allerdings sind mehr als 50 Prozent der Zuwanderer Akademiker. Das führt zu einer Entlastung der Sozialwerke, weil diese Leute im Allgemeinen kaum Leistungen beanspruchen, aber kräftig einzahlen. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich bei den niedrig Qualifizierten: Dort gibt es ein Überangebot. Wenn man in der Schweiz in die Bildung investiert, braucht man die Akademiker nicht im Ausland zu rekrutieren. Die Firmen machen das ja nicht, um die Politik zu ärgern, sondern weil diese Arbeitskräfte hier fehlen.

Hat die Zuwanderung Auswirkungen auf das Lohnniveau?

Wir haben die Lohnentwicklung untersucht: Einen Lohndruck nach unten gab es weder bei Bürgern aus der Schweiz noch aus der EU, nur bei solchen aus Drittstaaten. Bei Schweizern hingegen führte die Zuwanderung eher zu leicht höheren Löhnen.

Die Fakten sind also klar. Trotzdem gelingt es nicht, das Unbehagen der Menschen zu zerstreuen. Viele klagen insbesondere über die starke Zuwanderung aus Deutschland.



Das ist ein deutschschweizerisches Problem. Franzosen und Italiener, die nach Genf oder ins Tessin kommen, sprechen die gleiche Sprache wie die Einheimischen. In der Deutschschweiz hingegen wird Dialekt gesprochen. Ich selber bin Amerikaner, lebe in Deutschland und arbeite in der Schweiz. Ich spreche Deutsch und verstehe Dialekt. Aber ich höre hier in Basel von so genannten Expats, also Leuten, die für internationale Firmen arbeiten, die sich sehr abkapseln. Das ist für die Einheimischen natürlich nicht angenehm: Man möchte sich doch mit seinen Nachbarn unterhalten können. Das ist die Kehrseite der Medaille. Andererseits sorgt die Pharmaindustrie in Basel für viele Arbeitsplätze und eine prosperierende Wirtschaft.

Es gibt aber immer noch ungelernte Zuwanderer.

Wirtschaftlich ist die fehlende Integration von bildungsfernen, ungelernten Schichten problematisch. Rund 10 Prozent der Jugendlichen, die aus der Schule kommen, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bei den Schweizern sind es fünf Prozent, bei den Ausländern 20. Das ist eine tickende Zeitbombe, weil diese Leute später Probleme haben werden, einen Job zu finden und somit der Allgemeinheit zur Last fallen. Man kann allerdings diese Zahl auch als Erfolgsmeldung deuten, wenn man sich vor Augen hält, dass in den ersten Einwanderungswellen 50 oder 60 Prozent keine Berufsausbildung hatten. Die Quote wurde also in der zweiten und dritten Generation auf ein Drittel gesenkt. Wenn man das weiter denkt, ist man hier bald auf dem Schweizer Niveau.

Was kann man tun, um diesen Prozess zu beschleunigen?

Bilder: Christian Flierl

Arbeitsmarktliche Forschungen haben gezeigt, dass nur Massnahmen im Vorschulalter nachhaltig wirken. Diese Überlegung stand auch hinter dem Bestreben in Deutschland, jedem Kind einen Kinderhortplatz zu garantieren. Es gibt in Deutschland Türken, die sich völlig abkapseln. Da muss man eingreifen, die müssen in jungen Jahren Deutsch lernen. Dann hat die CSU den Vorstoss lanciert, dass diejenigen, die diesen Platz nicht in Anspruch nehmen, einen finanziellen Ausgleich bekommen sollten. Das ist natürlich völlig kontraproduktiv: Das bedeutet nämlich, dass man wählen kann, ob man ein Kind in den Kinderhort schickt oder Geld bekommt. Die bildungsfernen Schichten wählen das Geld. Damit wird diese Integrationsmassnahme völlig pervertiert.

Die Situation präsentiert sich ja ähnlich auch in der Schweiz. Aber wenn man fremdsprachige Kinder frühzeitig integrieren will, bedingt das einen hohen Personalaufwand im Vorschulalter. Lohnt sich diese Investition?

Wenn die Integration dadurch gelingt, wird zukünftige Arbeitslosigkeit verhindert. Die Erträge, die aus dieser Investition erwachsen, können also unheimlich hoch sein. Es ist halt einfach so, dass die Kosten heute anfallen und die Erträge erst morgen.

Profitieren von den Massnahmen im Vorschulalter alle Familien?

«Problematisch am bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht so sehr dessen Höhe, sondern die Unendlichkeit der Bezugsdauer.»

Die Antwort darauf liegt in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Schweiz waren bis in die 1980er-Jahre Frauen in jungen Jahren berufstätig und haben sich dann zugunsten der Familie aus dem Erwerbsleben zurückgezogen. Junge Männer hingegen investierten länger in ihre Ausbildung und haben dann die Ernährerrolle wahrgenommen. Heute hat sich das gewandelt: Das Bildungsverhalten von Schweizerinnen und Schweizern ist fast deckungsgleich. Die Maturitätsquote bei Frauen liegt höher als bei Männern, und diese Frauen wollen ihre Ausbildung auch im Beruf umsetzen. Sie wollen aber auch Kinder haben, was nur mit entsprechenden Betreuungsangeboten möglich ist. Insofern profitieren also auch diese Familien von Vorschuleinrichtungen.

Die Schweiz hat keine Rohstoffe, gut ausgebildete Kräfte sind also ihre wichtigste Ressource. Tut die Schweiz →

genug dafür, in diesem Bereich international wettbewerbsfähig zu bleiben?

Also ganz rohstoffarm ist ja die Schweiz mit ihrer Wasserkraft nicht... Zu Ihrer Frage: Ich bin nicht für Interventionen im Sinne von Bildungsoffensiven oder Aufrufen, dass alle einen bestimmten Beruf erlernen sollten. Im Vorfeld der Finanzkrise haben die Banken sehr viele Informatiker rekrutiert, zwei Jahre später platzte die Blase und die Leute, die vorher verlangt hatten, mehr Informatiker auszubilden, verstummten. Es ist immer schwierig, vorherzusehen, welche Qualifikationen künftig gefragt sind. Man muss einfach schauen, dass es ein breites Spektrum an Ausbildungswegen gibt, und dass das System durchlässig ist. Beides ist in der Schweiz gegeben. Wer eine Lehre macht, kann über die Berufsmatura später immer noch studieren.

Dann gibt es hier keinen Handlungsbedarf?

Die einzige Lücke, die ich ausmachen könnte, wären Berufsakademien, wie es sie in Deutschland teilweise gibt. Das ist quasi eine Lehre für Akademiker, etwas tiefer angesiedelt als die Fachhochschulen: Junge Leute haben einen Vertrag mit einem Arbeitgeber und studieren quartalsweise in einer Art Fachhochschule. Diese Ausbildung – vor allem im IT-Bereich und in Betriebswirtschaft – ist sehr praxisorientiert. Ich habe aus dem süddeutschen Raum gehört, dass viele dieser jungen Leute bei Schweizer Firmen unter Vertrag stehen. Sie sind offenbar sehr gesucht.

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz beträgt rund 3,5 Prozent. Das ist im internationalen Vergleich wenig, aber trotzdem für jeden Einzelnen ein Problem.

Man muss die Qualität dieser Arbeitslosigkeit untersuchen. Die Arbeitslosenquote bemisst sich aus den zwei Komponenten Risiko und Dauer, also der Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, und der Dauer dieser Arbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ausschliesslich aufs erhöhte Risiko zurückzuführen: Keine andere Altersgruppe findet so schnell einen Job wie die Jugendlichen. Was hingegen stigmatisiert, ist eine lange Arbeitslosigkeit – und das trifft ältere Menschen viel stärker. Jugendarbeitslosigkeit ist wie eine Erkältung. Sie trifft viele, geht aber schnell vorbei. Arbeitslosigkeit bei Älteren hingegen ist wie Krebs: Dieser tritt selten auf, ist aber tödlich. Ich betone: Es gibt auch in der Schweiz tragische Einzelschicksale, aber ich betrachte den Durchschnitt und da steht die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut da. Ausserdem spielt bei der Jugendarbeitslosigkeit auch noch eine Rolle, dass viele in dieser Lebensphase noch nicht richtig wissen, was sie eigentlich können und wollen und deshalb die Beschäftigungssituation auch überdurchschnittlich instabil ist.

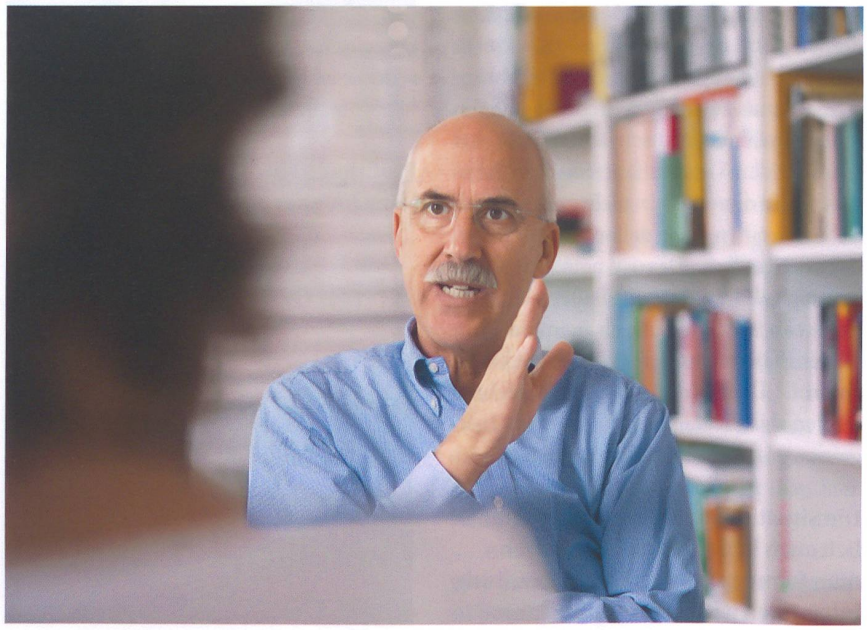
> «Jugendarbeitslosigkeit ist wie eine Erkältung. Sie trifft viele, geht aber schnell vorbei. Arbeitslosigkeit bei Älteren hingegen ist wie Krebs: Dieser tritt selten auf, ist aber tödlich.»

Sie haben das Problem der Langzeitarbeitslosen – also Menschen, die länger als ein Jahr ohne Anstellung sind – angesprochen. Soll der Staat hier eingreifen und vermehrt in den 2. Arbeitsmarkt investieren?

Es gibt in der Schweiz im internationalen Vergleich wenig Langzeitarbeitslose. In den USA liegt diese Quote bei 10 Prozent, was sehr niedrig ist, in der Schweiz vielleicht bei 15 Prozent. Aber in der EU sind es 50 Prozent. Je länger Menschen arbeitslos sind, umso schlechter können sie vermittelt werden. Das liegt daran, dass sie stigmatisiert sind oder die Motivation durch die lange Arbeitslosigkeit sinkt. In diesem Fall können Beschäftigungsprogramme sinnvoll sein. Interessanterweise hat man festgestellt, dass schon nur die Drohung, zur Teilnahme an solchen Programmen verpflichtet zu werden, manche Leute flügge macht. In letzter Minute finden sie dann doch noch einen Job. Aber objektiv betrachtet ist das in der Schweiz wirklich kein grosses Problem: Eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent, darunter 15 Prozent Langzeitarbeitslose das ist im Vergleich wirklich wenig. Es gibt keinen Grund zur Panik. Zudem: Sogar wenn hierzulande Menschen ausgesteuert werden, bekommen sie im Bedarfsfall Unterstützung.

Damit sind wir im Bereich der Sozialhilfe. In der Herbstsession wurde im Nationalrat das Rahmengesetz zur Sozialhilfe debattiert. Was halten Sie von einem solchen Gesetz?

Ich kenne die Details nicht. Aber es macht sicher Sinn, die Koordination zwischen den verschiedenen involvierten Institutionen zu verbessern.



Wo sehen Sie denn die grössten Herausforderungen im Bereich der Sozialhilfe in den nächsten Jahren?

Ich bin kein Kenner der Materie, zumal das ja auch noch kantonal geregelt ist. Generell ist zu sagen, dass teilweise das Niveau der Sozialhilfe zu hoch ist. Natürlich möchte man soziale Not vermeiden, aber man muss die Marktlöhne im Auge behalten. Sonst besteht die Gefahr der so genannten Sozialhilfefallen. Diese entstehen, wenn es attraktiver ist, Sozialhilfe zu empfangen, als voll zu arbeiten. Angenommen, Sie bekommen Fürsorgeleistungen. Wenn Sie dann arbeiten und dieses Einkommen eins zu eins mit der Hilfe verrechnet wird, entspricht das einem Steuersatz von 100 Prozent. Sie kommen nie vom Fleck. Warum sollten Sie also arbeiten? Bei Ungelernten ist diese Gefahr besonders hoch: Sie sind nicht so gefragt und ihre Löhne geraten immer mehr unter Druck, in Richtung der Sozialhilfe-Ansätze. Es besteht also kaum ein Anreiz, einen Job anzunehmen.

Wie kann man dieser Falle entkommen?

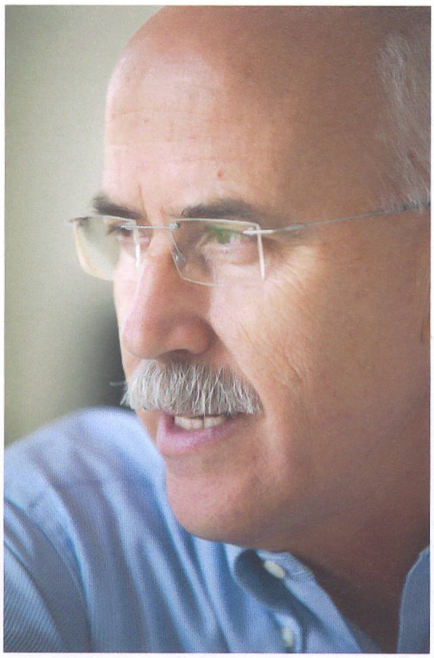
In den USA, aber auch in anderen Ländern, gibt es so genannte Steuerkredite. Das ist eine Art Sozialhilfe, die man aber nur bekommt, wenn man erwerbstätig ist. Der Staat definiert, wie viel Einkommen einer Person oder Familie zur Verfügung stehen sollte. Bei der Steuererklärung wird der tatsächliche Verdienst ausgewiesen, der Staat entrichtet eine Art «negative» Steuer, um allfällige Differenzen zu schliessen.

Damit werden aber die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen: Sie können die Löhne drücken, weil der Staat ja für den Ausgleich sorgt.

Genau deshalb gibt es in den USA Mindestlöhne. Mit einem Mindestlohn in den USA kann man kaum leben. Er ist einfach ein Instrument, um die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen, nicht auf Kosten der Allgemeinheit die Arbeitnehmer auszubeuten.

Was halten Sie von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Nicht sehr viel. Warum bilden sich denn die Leute aus? Doch nicht nur, weil sie ihren geistigen Horizont erweitern wollen, sondern weil sie einen Beruf wollen. Und solche Anreize erlahmen bei der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Viele würden dann sagen: Okay, ich gebe mich mit etwas weniger zufrieden, dann komme ich über die Runden. Problematisch am Grundeinkommen ist nicht so sehr dessen Höhe, sondern die Unendlichkeit der Bezugsdauer. Das sieht man bei der Arbeitslosenversicherung: Eine lange Bezugsdauer wirkt sich negativ auf die Arbeitssuche aus, weit mehr als etwa höhere Taggelder. Das Grundeinkommen wäre also extrem kostspielig. Ich habe zwar keine konkreten Schätzungen, aber es würde sicher dazu führen, dass mehr Leute nicht erwerbstätig wären. Es gibt ja Lottogewinner, die sagen: Ich bleibe der gleiche Mensch, ich gehe weiterhin arbeiten. Es wurden aber Studien dazu gemacht, die zeigen: Nach zwei Jahren sind die meisten nicht mehr erwerbstätig.



GEORGE SHELDON

George Sheldon (64) ist Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik (FAI) und Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel. Zunächst studierte er in den USA und in Freiburg im Breisgau Germanistik. «Ich merkte aber schnell, dass die Deutschen besser Deutsch können als ich», sagt der gebürtige US-Amerikaner augenzwinkernd. Er begann ein Nationalökonomie-Studium und wurde 1988 an der Universität Basel habilitiert. George Sheldon ist Autor zahlreicher Studien im Bereich der Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik.

Swiss-Life-Chef Bruno Pfister hat mit der Forderung für Aufsehen gesorgt, Akademiker später in die Rente zu entlassen. Was sagen Sie dazu?

Ich habe überhaupt kein Problem damit. Ich möchte nicht mit 65 Jahren aufhören müssen zu arbeiten, die Pensionskasse zwingt mich dazu. Das ist eine Guillotine, und keiner meiner Kollegen sagt: Gott sei Dank kann ich bald aufhören zu arbeiten!

Die Schweiz ist – wie die meisten westlichen Staaten – von einer Überalterung betroffen. Entsprechend wird die AHV durch mehr Bezüger und weniger Beitragszahler belastet. Gibt es ein Gegenmittel?

Es gibt drei Lösungen, die alle nicht sehr attraktiv sind. Entweder man erhöht die Beiträge, oder man arbeitet länger, oder man muss sich mit niedrigeren Renten zufrieden geben.

Welche Lösung favorisieren Sie?

Die AHV hat zum Ziel, die Altersarmut zu verhindern. Deshalb kann man die Leistungen nicht kürzen. Die Beiträge zu erhöhen, ist auch problematisch. Denn damit steigen die Lohnkosten und die internationale Konkurrenzfähigkeit nimmt ab. Es bleibt also nur die dritte Alternative: Höheres Rentenalter. Nun sollen aber nicht diejenigen, die bereits jung ins Arbeitsleben eingestiegen sind, bis 67 Jahre arbeiten müssen. Dann sagt man einfach: 45 Jahre Erwerbstätigkeit, und dann ist man durch. Damit würden Akademiker automatisch später in Rente gehen. ■

Das Gespräch führte
Astrid Tomczak-Plewka